



DR. ANNA KÖBBERLING, MDL

NEUES

AUS DEM LANDTAG



Landtag Rheinland-Pfalz/
Torsten Silz



Vorwort

Das Plenum tagt wieder!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Karneval 2019 ist vorüber, aber an den Besuch unserer Koblenzer Tollitäten im Landtag denke ich noch gerne zurück. Was war das für ein herrliches Bild, als Prinz Hubertus von Rhenus und Mosella und Confluentia Sabine mit ihrem ganzen Gefolge und den tollen venezianischen Kostümen auf der Besuchertribüne im Landtag saßen und die Debatte zum Bahnlärm verfolgten! Zuvor hatten sie noch Ministerpräsidentin Malu Dreyer, der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, dem Landtagspräsidenten Hendrik Hering und mir den Prinzenorden und die Confluentiaspange verliehen. Über die Bahnlärmdebatte im Februar findet Ihr unten noch mehr.

Dem Märzplenum habe ich mit ein bisschen Lampenfieber entgegengesehen, denn es war für mich eine Premiere in einer neuen Aufgabe: Durch den Wechsel des Landtagskollegen Dr. Denis Alt in das Amt des Wissen-

schaftsstaatssekretärs gab es in unserer Fraktion einen Wechsel der Sprecherfunktionen. Ich habe die Aufgabe der wirtschaftspolitischen Sprecherin übernommen, was mich sehr freut – war ich doch sieben Jahre lang in der Staatskanzlei für Unternehmenskontakte zuständig und zuvor schon vier Jahre in der Handwerkskammer Koblenz. Meine alte Funktion als haushalts- und finanzpolitische Sprecherin hat die Kollegin Dr. Tanja Machalet, eine Volkswirtin, aus Westerwald übernommen. In meiner neuen Aufgabe war ich direkt ziemlich gefordert, weil ich bereits in der ersten Debatte auf die Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing antworten musste. Außerdem durfte ich als Mitglied des Rechtsausschusses in der Orientierungsdebatte zur Organspende reden – ein wichtiges Thema.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre 





Internationaler Frauentag in Koblenz

Am Internationalen Frauentag, der 2019 übrigens 110 Jahre alte wurde (erstmalig wurde er 1909 in den USA gefeiert), durfte ich auf Einladung der Gleichstellungsbeauftragten des Bundesamts für Ausrüstung, Information und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), Anke Ott, auf einer Frauenversammlung in dieser großen Koblenzer Behörde sprechen. Ich gab einen Abriss des Kampfes um Gleichberechtigung vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute. Dass das BAAINBw den Internationalen Frauentag so ausdrücklich würdigte, hat mich sehr gefreut.

Zwei Tage später, am 10. März, kam unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf Einladung des Landesvorstands der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer

Frauen (ASF) zu einer spannenden Veranstaltung zum Internationalen Frauentag nach Koblenz. In der Rotunde des Bauern- und Winzerverbandes drehte sich an dem Tag alles um die Europawahlen am 26. Mai, die – darauf wies Malu nachdrücklich hin – zu „Schicksalswahlen“ für unser demokratisches Europa werden. An der anschließenden „Fishbowl“-Diskussion beteiligten sich auch die Koblenzer SPD-Frauen sehr aktiv. Neben unserer neuen ASF-Vorsitzenden Anja Eisenblätter ergriffen die neue Jusos-Vorsitzende Nina Nell, die Ortsvorsteher-Kandidatin in Arenberg, Anne Bernsen, und die Stadtratskandidatin in Metternich, Olivija Shterjova, selbstbewusst das Wort.

SCHON GEWUSST?

Auf meiner Facebook-Seite sind noch mehr Informationen zu meinen Aktivitäten im Wahlkreis und im Landtag zu finden!

facebook.com/AnnaKoebberling



SPD fordert alternative Güterverkehrsstrecke und mehr Lärmschutz

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat auf Initiative der Ampelfraktionen einstimmig den Antrag „Mittelrheintal von Lärm entlasten, Alternative Güterverkehrsstrecke realisieren, Lärmschutzmaßnahmen voranbringen“ verabschiedet.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Wirtschaftlichkeit alleine kann nicht das Maß der Dinge sein, der Gesundheitsschutz muss viel stärker als bisher berücksichtigt und in Kosten-Nutzen-Überlegungen einbezogen werden. Nächtliche Pegelwerte von über 70 Dezibel führen zu Gesundheitsbeeinträchtigungen, die nicht hinnehmbar sind. Die Dauerbelastung durch den Güterverkehr muss aus dem Tal verbannt werden.

In dem gemeinsamen Plenarantrag fordern die Land-

tagsfraktionen den Bundesverkehrsminister deshalb auf, die Lärmbelastung zu reduzieren und den Güterverkehr aus dem Tal zu verlagern. Dazu braucht es eine rasche Umsetzung von Maßnahmen, die zu einer Absenkung des Lärmpegels im Tal führen können: Ein effektives, lärmabhängiges Trassenpreissystem, Geschwindigkeitsbeschränkungen, ein Nachtfahrverbot und die schnelle Umrüstung der alten Güterwagen auf leise Bremssohlen. Langfristig kann nur die Neubaustrecke zwischen Troisdorf und Mainz-Bischofsheim eine echte Entlastung schaffen. Bundesverkehrsminister Scheuer ist aufgefordert, die angekündigte Machbarkeitsstudie so bald wie möglich in Auftrag zu geben.

Orientierungsdebatte zur Organspende

Am 27. März hatten wir im Landtag eine Orientierungsdebatte zum Thema Organspende. Ich war eine der fünf Rednerinnen und Redner der SPD und vertrat in diesem Fall den Rechtsausschuss, in dem ich Mitglied bin. In meinem Redebeitrag berichtete ich von dem dramatischen Fall eines Studienfreundes, der nach mehreren Herzinfarkten „high urgent“ ein Spenderherz benötigt. Aufgrund der langen Wartezeiten (sechs bis 24 Monate) verzichtet er aber darauf, sich in ein Transplantationszentrum zu begeben, weil er seine letzten Lebensmonate lieber zu Hause als dort verzweifelt wartend verbringen möchte. Hätten wir mehr Spenderorgane, wären die Wartezeiten auch nicht so quälend lang. Die meisten europäischen Länder haben eine Widerspruchslösung, die aber in Deutschland auf verfassungsrechtliche Bedenken trifft. Ich habe mich (wie auch die meisten anderen SPD-Abgeordneten) für eine Weiterentwicklung der jetzigen Entscheidungslösung ausgesprochen, bei

der jeder Bürger und jede Bürgerin aber verpflichtet wird, sich (z.B. im Zusammenhang mit der Beantragung eines Personalausweises) für oder gegen eine Organspende zu entscheiden. Wenn die Entscheidung (wie jetzt) bei Fehlen eines Organspendeausweises auf die Angehörigen abgewälzt wird, erhalten wir leider viel zu viele Absagen. Deswegen müssen die Menschen selbst zu Lebzeiten sich dieser Entscheidung stellen, die sie aber jederzeit wieder verändern können müssen.

Eine „Orientierungsdebatte“ ist übrigens eine Debatte im Landtag, in der weder ein Gesetzentwurf noch ein Antrag zur Diskussion stehen, und am Ende wird auch nicht abgestimmt. Es gibt keinen Fraktionszwang, sondern jeder Redner und jede Rednerin können sagen, was sie möchten. Die Debatte dient (wie der Name schon sagt) der Orientierung darüber, wie das Parlament zu einer wichtigen politischen Frage wohl steht.



Universität Koblenz wird ab 2022 eigenständig

Am 12. Februar hat Wissenschaftsminister Prof. Konrad Wolf einen Bericht über die strategische Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Dazu haben Innenminister Roger Lewentz und ich als Koblenzer Landtagsabgeordnete erklärt: „Wir begrüßen die Entscheidung, die Universität Koblenz ab dem 1.10.2022 eigenständig werden zu lassen. Die Universität in Koblenz hat in den letzten Jahren eine sehr gute Entwicklung genommen und ist nunmehr mit rund 8.000 Studierenden gut aufgestellt für eine eigenständige Weiterentwicklung.“

Als eigenständige Universität wird es der Universität Koblenz nach Einschätzung leichter fallen, Bündnispartner in der Region zu finden und eine Identifikation mit der Universität herzustellen. In enger Zusammenarbeit mit der Hochschule Koblenz und Unternehmen und Einrichtungen in der Region muss es nun darum gehen, aufbauend auf den vorhandenen Stärken Lehrerbildung und Informatik ein Profil für eine starke Universität für den Norden von Rheinland-Pfalz zu bilden. Die Einrichtung einer juristischen Fakultät halten wir angesichts der Nähe zu den Universitäten Bonn, Mainz und Trier nicht für zielführend. „Dies würde bei einem guten Qualitätsanspruch riesige Ressourcen binden

– ohne dass es einen Mangel an Jurastudienplätzen gibt“, habe ich gegenüber der Presse gesagt. „Wobei die Nachfrage der Unternehmen und der Verwaltung nach Informatikern bei weitem nicht gedeckt werden kann,“ meinte Roger. Diesen Schwerpunkt gelte es daher auszubauen. Aber auch in der Kulturwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre sehen wir Felder für eine Profilierung.

Langfristig sehen wir die gut aufgestellten Koblenzer Krankenhäuser auch als Standorte für eine Mediziner-ausbildung – allerdings muss dies in Kooperation mit der Universität Mainz geschehen. „Medizin in Koblenz ist für uns weiterhin ein Zukunftsthema, hat allerdings nichts mit der jetzt getroffenen Entscheidung zu tun“, finden wir.

Die Zusammenführung des Universitätsstandorts Landau mit der TU Kaiserslautern und die Eigenständigkeit des Standorts Koblenz sind keine Maßnahmen, die morgen greifen, sondern ihnen geht ein organisatorischer Vorlauf von dreieinhalb Jahren voraus. Diese Zeit muss für ein Konzept zur Weiterentwicklung der Uni Koblenz genutzt werden. Wir sicherten dabei – u.a. im Kuratorium der Universität – unsere Unterstützung zu.

IMPRESSUM

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)
Dr. Anna Köbberling, MdL
Triererstr. 69
56072 Koblenz

Kontakt
+49 (0) 261 650 129 45
info@annakoebberling.de

Bildquellen
privat, freepik

Layout und Gestaltung
Dennis Feldmann

Redaktion
Anna Köbberling, Alexander Klein, Olivija Shterjova

Verbreitung
LT-Wahlkreis 9

Erscheinungstermin
29. März 2019



Rundumschlag zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing hat im März-Plenum eine einstündige Regierungserklärung zur Politik seines Ministeriums gehalten. Er nutzte die Gelegenheit für eine Gesamtdarstellung der Abteilungen seines Hauses: Wirtschaftsförderung mit Innovations- und Technologieförderung, Verkehr, Straßenbau, Wasserstraßen, Landwirtschaft und Weinbau. Dabei war seine „message“, dass es nicht darum gehe, einzelne Branchen oder gar Unternehmen zu fördern, sondern die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz bestmöglich entwickeln kann. Auf Regierungserklärungen dürfen die Fraktionen mit einer Redezeit von 25 Minuten antworten - das ist das Fünffache der normalen Redezeit. Ich hatte also ausrei-

chend Gelegenheit, die sozialdemokratischen Akzente der Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition zu erläutern: Forschungsförderung, gute Arbeit, faire Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung, Fachkräftesicherung durch gebührenfreie Bildung und strukturierte Weiterbildung. Natürlich gehören Klimaschutz und Energiepolitik auch dazu.

Weder Staatsminister Wissing noch ich konnten der „Industriestrategie“ von Bundeswirtschaftsminister Altmeier viel abgewinnen, der vorgeschlagenen hat, Fusionen von Großunternehmen zu erleichtern und „in Ausnahmefällen“ zu Protektionismus aufgerufen hat.

OB DAVID LANGNER STÄRKEN.

Und nicht vergessen: Am 26. Mai SPD wählen.

*Es geht um
Koblenz und Europa*